



Zivilgesellschaft

Eine Begriffsbestimmung für das TAP
„Handlungsfähigkeit und Flexibilität“

Von Nina Frölich / Peter Hocke / Elske Bechthold
(ITAS am KIT)

ITAS-TRANSENS-Paper Nr. 1

Kontakt

Nina Frölich
nina.froelich@web.de

Eva-Maria Mühleck
Institut für Technikfolgenabschätzung und Systemanalyse (ITAS)
Karlsruher Institut für Technologie (KIT)
Karlstr. 11
76133 Karlsruhe
+49-721-6082-26621
eva-maria.muehleck@kit.edu
www.itas.kit.edu

Foto Titelseite

Brigitte Hiss, Photodesign

Mit dem Verbundvorhaben TRANSENS wird erstmalig in Deutschland transdisziplinäre Forschung zur nuklearen Entsorgung in größerem Maßstab betrieben. TRANSENS ist ein Verbundvorhaben, in dem 16 Institute bzw. Fachgebiete von neun deutschen und zwei Schweizer Universitäten und Forschungseinrichtungen zusammenarbeiten. TRANSENS lebt vom pluralen Austausch. Die Arbeiten innerhalb TRANSENS spiegeln die Meinung der Autor:innen wider, die nicht mit denjenigen anderer Beteiligter an TRANSENS übereinstimmen müssen.

ITAS wird im Rahmen von TRANSENS vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages und im Niedersächsischen Vorab der Volkswagenstiftung vom Niedersächsischen Ministerium für Wissenschaft und Kultur (MWK) unter dem Kennzeichen 02E11849E gefördert (Zeitraum 2019-2024).

Zitierweise

Frölich, Nina / Hocke, Peter/ Bechthold, Elske (2021): Zivilgesellschaft. Eine Begriffsbestimmung für das TAP „Handlungsfähigkeit und Flexibilität, Karlsruhe. ITAS-TRANSENS-Paper Nr. 1.

Zivilgesellschaft

Eine Begriffsbestimmung für das TAP Handlungsfähigkeit und Flexibilität

In den letzten beiden Jahrzehnten hat sich der Begriff *Zivilgesellschaft* im alltäglichen Vokabular etabliert (Schröder et al. 2018, 9). Doch was bedeutet er im Kern?

Begriffsbestimmung

In dem Begriff *Zivilgesellschaft* steckt das lateinische Wort *civilitas*, das nicht etwa zivilisiertes oder ziviles Verhalten meint – schon gar nicht ziviles als Gegensatz zu militärischem Verhalten. Vielmehr geht es um das „Bürgerschaftliche, das mit dem Bürgerstand Verbundene, das Rechten und Pflichten beinhaltet“ (Strachwitz et al. 2020, 1). Verwandte Begriffe sind *Bürgergesellschaft* oder *zivilcouragierte Gesellschaft*. Dem deutschen Begriff entspricht die englische *civil society* (John Locke) und die französische *société civile* (Alexis de Tocqueville)¹ (Nohlen und Grotz 2015, 756).

Je nach Betrachtungsweise unterscheiden sich die Definitionen der Zivilgesellschaft (s. dazu S.3, „Die verschiedenen Perspektiven auf die Zivilgesellschaft“). In der Literatur wird am häufigsten die akteurszentrierte Betrachtungsweise verwendet. Demnach ist die Zivilgesellschaft ein Bereich, der zwischen dem staatlichen, dem wirtschaftlichen und privaten Sektor angesiedelt ist (BMZ o.J.). Diese Sphäre kollektiven Handelns und öffentlicher Diskurse umfasst die Gesamtheit des Engagements der Bürger:innen eines Landes, das weder profitorientiert noch abhängig von parteipolitischem Interesse ist (Nohlen und Grotz 2015, 755; BMZ o.J.). Darunter fallen Institutionen, formale Organisationen², nicht-formale Vereinigungen sowie individuelles Handeln zwischen den Bereichen Familie, Staat und Markt. Zu diesem Spektrum gehören unter anderem Bürgerinitiativen, Bürgerrechtsgruppen, Verbände, Interessensgruppen, Kultur- und Bildungseinrichtungen, religiöse Vereinigungen, Entwicklungsorganisationen und Selbsthilfegruppen (Spektrum 2001). Politische Parteien (*political society*) und auf Profit ausgerichtete Privatorganisationen des Marktes (*economic society*) zählen dahingegen nach der akteurszentrierten Betrachtungsweise nicht zu Akteuren der Zivilgesellschaft (Nohlen und Grotz 2015, 755f.).

Das Handeln zivilgesellschaftlicher Akteure beruht zudem auf Freiwilligkeit und ist eher gemeinwohlfördernd als eigennützig (Anheier und Appel 2007, 341). Dabei greifen sie gesellschaftliche Probleme auf, verdichten und verstärken diese und geben sie an die politische Öffentlichkeit weiter. In der politischen Philosophie Antonio Gramsci (1891-1937) hat die Zivilgesellschaft eine zentrale Bedeutung für die hoch entwickelten Gesellschaften westlichen Typs. Die bürgerliche Herrschaft stützt sich nicht nur auf die politische Sphäre (Regierung, Justiz, Militär, Staat), sondern auch und vor allem auf Hegemonie, die Gramsci als breite, freiwillige Zustimmung zu gemeinsamen Zielen oder kulturellen Praxen versteht – Hegemonie gründet auf Überzeugung. Er beschreibt Zivilgesellschaft als ein „Netz

¹ John Locke (1632 – 1704) und Alexis Henri Clérel de Tocqueville (1805 – 1859) betonen die politische Dimension der Zivilgesellschaft und folglich die Bedeutung demokratischer Vereinigungen als Basis für ein funktionierendes Gemeinwesen (Anheier und Appel 2007, 341).

² Formale Organisationen sind zum Beispiel Interessensverbände oder Nichtregierungsorganisationen (Anheier und Appel 2007, 341).

aus demokratischen und kulturellen Institutionen“ (Votsos 2001, 32), das die Gesellschaft zusammenhält und gliedert. Zivilgesellschaft ist der Raum für „kulturelle Deutungen und ideologische Kämpfe“ (Klein 2001, 109), der Ort, an dem um Hegemonie gerungen wird und an dem ein gesellschaftlicher Konsens hergestellt wird. So entsteht in der Zivilgesellschaft auch die Möglichkeit, sich über „Lebens- und Vergesellschaftungsformen“ auseinanderzusetzen und eine „emanzipative und eingreifende kulturelle Praxis“ (Emtmann 1988, 279) zu entwickeln.

Historischer Rückblick

Der Begriff der Zivilgesellschaft weist eine lange Geschichte auf und hat dementsprechend verschiedene Bedeutungszuschreibungen durchlaufen (Anheier und Appel 2007, 341). In der klassischen Antike stand die *societas civilis* als Synonym für die ideale Lebensweise von freien Bürger:innen (bpb 2012, o.S.).

In Europa entwickelte sich das Konzept im späten 18. und frühen 19. Jahrhundert. Das Bürgertum strebte nach Unabhängigkeit vom aristokratischen Ständestaat und einer auf individueller Freiheit basierenden sozialen Ordnung. Der Begriff *Zivilgesellschaft* sollte diese neue Gesellschaftsordnung als Korrespondenz zum Staat beschreiben, indem private Interessen mit der gesamtgesellschaftlichen Machtsicherung zu einer bürgerlichen Öffentlichkeit verknüpft werden (Fuchs-Heinritz et al. 1994, 757; Anheier und Appel 2007, 341; Nohlen und Grotz 2015, 756).

Zu Beginn des 19. Jahrhunderts bereiste der französische Politiker Alexis de Tocqueville die Vereinigten Staaten und war fasziniert von der Dynamik der amerikanischen Zivilgesellschaft. Er erlebte eine Vielfalt freiwilliger Vereinigungen und ihre Bedeutung für friedliches Zusammenleben, Problembewältigung, Demokratie und Selbstorganisation. Tocquevilles Beschreibungen gelten als Vorlage für die Erweiterung des Konzepts der Zivilgesellschaft, in der sich die gesellschaftliche Selbstorganisation durch die Bürger:innen weder an Konzepten des Marktes orientiert noch den Hoheitsansprüchen des Staates beugt. Seitdem wird eine enge Verbindung zwischen der Fähigkeit zur Selbstorganisation einer Gesellschaft und ihrer robusten demokratischen Verfasstheit gesehen (bpb 2012, o. S.).

Im 20. Jahrhundert wurden die Begriffe *Zivilisation* (Norbert Elias), *Öffentlichkeit* (Jürgen Habermas), *Sozialkapital* (Robert Putnam), *Kultur* (Antonio Gramsci) und *Gemeinschaft* im Sinne des Kommunitarismus (Amitai Etzioni) mit der *Zivilgesellschaft* in Verbindung gebracht (Anheier und Appel 2007, 342). Die moderne Ergänzung des Begriffs in den 1980er Jahren entsprang zweierlei Kontexten: Zum einen aus aufkeimenden politischen Auseinandersetzungen in Osteuropa³, wo die Zivilgesellschaft als Kampfbegriff gegen staatliche Allmacht verstanden wurde. Zum anderen aus Perspektivdiskussionen westlicher Industriegesellschaften, die zum Ziel hatten, Ansatzpunkte und Strategien progressiver Politik weniger staatsfixiert zu gestalten. In den 1980er und 1990er Jahren wurde der Begriff *Zivilgesellschaft* damit im Zuge der Krise des Wohlfahrtsstaates, einem allgemeinen Markt- und Staatsversagen sowie dem stärker werdenden Willen der Bürger:innen sich an allgemeinen Angelegenheiten zu beteiligen zum Hoffnungsträger für Demokratie und Demokratieförderung

³ V.a. in Polen, CSSR und Ungarn (Nohlen und Grotz 2015, 756).

(Greiffenhagen und Greiffenhagen 2002, 615; Strachwitz et al. 2020, 1; Anheier und Appel 2007, 756).

Die verschiedenen Perspektiven auf die Zivilgesellschaft

Aufgrund seiner historischen Entwicklung und vielen Schnittpunkte zur Wirtschaft, zum Staat und Institutionen wie der Familie, den Medien oder der Kultur, wird der Begriff *Zivilgesellschaft* sehr komplex und lässt sich aus verschiedenen Perspektiven betrachten (Anheier und Appel 2007, 343). Bei der Lektüre der aktuellen Forschungsliteratur lassen sich vor allem zwei solcher Perspektiven erkennen: Die normative bzw. handlungsorientierte und die akteurszentrierte Perspektive (Schröder et al. 2018, 10ff.; bpb 2012, o.S.; Greiffenhagen und Greiffenhagen 2002, 757; Anheier und Appel 2007, 342f.; Nohlen und Grotz 2015, 756f.).

Diese unterschiedlichen Betrachtungsweisen sind nicht zwangsläufig unvereinbar, sondern ergänzen sich oftmals durch die unterschiedliche Gewichtung, den begrifflichen Fokus und die Folgen für die Politik (Anheier und Appel 2007, 344).

Die erste, oben bereits angeführte Perspektive des Begriffs der Zivilgesellschaft ist **aktorszentriert**. Sie ist bei einem eher institutionalistischen Ansatz zu verorten und legt den Fokus auf die selbstorganisiert handelnden Personen und Organisationen (Anheier und Appel 2007, 343f.; bpb 2012, o. S.). Die Zivilgesellschaft wird darin oft als ein abgegrenzter Ort, ein weiterer Sektor zwischen Markt, Staat und Privatsphäre, beschrieben (Schröder et al. 2018, 10f.).

Dabei wird der Zivilgesellschaft, besonders in Bezug auf das politische Leben beziehungsweise der partizipativen Demokratie, ein hoher Wert zugeschrieben. Gemeinschaftsinitiativen innerhalb der Zivilgesellschaft erlangen nicht nur politische Handlungskompetenzen, sondern nehmen auch direkten Einfluss auf die politischen Parteien, indem sie deren Handeln überprüfen und, wenn nötig, zielführenderes Handeln anspornen. Dies gilt darüber hinaus auch für Lobbygruppen, staatliche Verwaltungen, Parlamente und Regierungen. Aber auch gegenüber privaten Unternehmen kann die Zivilgesellschaft eine durchaus respektierte Einflussgröße darstellen (Krell et al. 2012, 22f.). Allgemein gilt: Die Zivilgesellschaft stellt ein starkes, wirksames und flexibles Bindeglied zwischen den Akteuren dar und trägt damit „in entscheidendem Ausmaß zur Qualität und Stabilität einer sozialen und partizipativen Demokratie bei“ (ebd.).

Diese Perspektive folgt einem liberalen Verständnis der Gesellschaft im Sinne von John Locke. Demzufolge zeichnet sich eine Zivilgesellschaft durch „weitgehende Selbstregulierung, Pluralität, Autonomie und ‚Zivilität‘ der kollektiven Akteure auf der Basis eines allg. Bürgerstatus“ (Nohlen und Grotz 2015, 756) aus. Im Unterschied zu anderen Gemeinschaften kann im zivilgesellschaftlichen Bereich die Zugehörigkeit frei gewählt werden. Man kann Organisationen beitreten und sie auch wieder verlassen. Folglich konzentriert sich ein solches Konzept vor allem auf demokratisch verfasste Gesellschaften mit einer Marktwirtschaft, in der eine solche Vereinigungsfreiheit und Autonomie überhaupt möglich sind (Schröder et al. 2018, 10).

Die **normative** oder **handlungsorientierte** Perspektive (Anheier und Appel 2007, 343f.) setzt Zivilgesellschaft in Beziehung zu einem demokratischen Gemeinwesen und einer gerechten Gesellschaft (bpb 2012). Der Schwerpunkt liegt folglich darauf, „das ‚Zivile‘ von Gesellschaften zu bestimmen, also die Entstehung und Festigung von Zivilgesellschaften als einen Prozess der Verständigung auf bestimmte Werte und Tugenden“ (Schröder et al. 2018, 16) zu beschreiben.

Der Begriff der Zivilgesellschaft verweist aus dieser Perspektive nicht auf die exklusive Qualität eines gesellschaftlichen Sektors, sondern betont die Geltungskraft ziviler Maßstäbe für das Handeln in allen gesellschaftlichen Bereichen – somit auch in der Politik, der Wirtschaft und der Privatsphäre (Schröder et al. 2018, 16 f.). Politische Rahmenbedingungen, die ebenfalls durch Zivilität geprägt sind, unterstützen den zivilen Umgang der Mitglieder einer Gesellschaft untereinander. Hierzu zählen auch die verfassungsrechtlich garantierten Menschen- und Grundrechte oder die Gleichheit vor dem Gesetz (bpb 2012, o.S.). Was als ‚zivil‘ oder ‚unzivil‘ betrachtet wird, entwickelt und verändert sich mit der Zeit (Alexander 2006). Wiederkehrende Eigenschaften sind etwa Selbstkontrolle, Offenheit und Vertrauen im Gegensatz zu Unbeherrschtheit, Desinteresse und misstrauischer Selbstbezogenheit (Schröder et al. 2018, 17; Anheier und Appel 2007, 343f.; bpb 2012, o. S.).

Dem normativen bzw. handlungsorientierten Modell liegt die Kritik zugrunde, dass durch die Begrenzung der Zivilgesellschaft auf einen Sektor oder sozialen Raum einige Dinge nicht beachtet werden können. Zum einen kämen zivilgesellschaftliche Handlungsweise außerhalb dieses Sektors nicht in den Blick. Etwa könne es auch innerhalb des Bereichs der Wirtschaft zivile Praktiken geben oder nicht-zivile in Nonprofit-Organisationen. Zum anderen werde damit wirtschaftliches Handeln innerhalb zivilgesellschaftlicher Organisationen ausgeblendet (Adloff 2018, 306).

Dem entsprechend richtete sich auch das Forschungsinteresse der letzten Jahre auf die Vermessung dieses Sektors. Im Vordergrund stehen Quoten freiwilligen Engagements verschiedener Bevölkerungsgruppen⁴. „Die Begrenzung der Zivilgesellschaft auf einen wohldefinierten sozialen Raum ist jedoch aus verschiedenen Gründen nicht befriedigend.“ (Ebd.)

Soziale Prozesse, die zivilgesellschaftliches Handeln mitbestimmen

Wenn es darum geht, die sozialen Prozesse genauer zu beschreiben, in welche zivilgesellschaftliches Handeln eingebunden ist, gilt es sowohl Eigenschaften sozialer Teilsysteme (wie Wirtschaft und Politik) als auch das Handeln kollektiver Akteure in einen Funktionszusammenhang zu stellen (Evers / Leggewie 2018).⁵ Aus Sicht von Evers / Leggewie (2018) wird Zivilgesellschaft nicht nur durch individualisiertes Handeln, sondern insbesondere durch organisierte Formen des Handelns aus der Bürgerschaft heraus geprägt. Staatlich institutionalisierte Politik (inkl. des Handelns von Ministerien, Verwaltungsorganisationen und Parteien) findet vor allem bei politisierten Themen des Technikeinsatzes wie der nuklearen Entsorgung in Deutschland gegenüber der organisierten Zivilgesellschaft statt; die Zivilgesellschaft selbst bildet dabei ein „weites Feld aktiver und von freiwilligem Engagement getragener Selbstorganisation“ (dies.: 32f). Bei der Beschreibung der Interessenaggregation gehen die Autoren davon aus, dass bei richtunggebenden Programmatiken

⁴ Zu nennen ist hier beispielsweise das Freiwilligensurvey des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSJ), das alle fünf Jahre bürgerschaftliches Engagement in Deutschland misst (Simonson et al. 2016).

⁵ Zum Forschungsstand siehe insbes. auch Evers / von Essen 2019, S. 2-4.

zivilgesellschaftliche Akteure nur eine schwache Rolle für staatliche Politik spielen. Zivilgesellschaftliche Organisationen könnten Organisatoren öffentlicher Debatten ebenso sein wie „Watchdogs“, die Staat und Wirtschaft auf die Fingerschauen, aber auch Pioniere innovativer Konzepte und Lösungen (dies.: 35). Es gebe heute allerdings kaum feste und einflussreiche „Foren und Plattformen, auf denen eine konfliktoffene, aber auch kooperative Meinungsbildung zwischen Organisationen der Zivilgesellschaft und Parteiorganisationen“ stattfände (dies: 36). Parteien seien aber herausgehobene Träger von Staatlichkeit und Willensbildung, die in verbindliche Entscheidungen einfließt.

Ausblick

Es findet sich also ein offensichtlich starker Sektor der Zivilgesellschaft in Deutschland, der wegen seiner relativen Ressourcenarmut in besonderer Weise auf Öffentlichkeit angewiesen ist (Hocke 2002: 27-30). Allerdings ist die Schnittstelle bei der oft „symbiotisch verbundenen Willensbildung und Machtausübung“ nicht so ausgestaltet, dass Bürger:innen und ihre lose vernetzten zivilgesellschaftlichen Vereinigungen als potenzielle Co-Produzenten von Politik begriffen werden (Evers / Leggewie 2018: 32, 38). Allerdings zeigt sich auch, dass in diesen Politikmustern Resonanzverhältnisse dramatisch verloren und die Zuversicht in gemeinsame und kooperative entwickelte Lösungsansätze als unverfügbar erscheinen (Rosa 2020).

Literaturverzeichnis

- Adloff, Frank (2018): Zivilgesellschaft in der sozialökologischen Krise. Zur Transformation von Kapitalismus und Demokratie. In: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 31 (1-2), S. 298–309.
- Alexander, Jeffrey C. (2006): *The Civil Sphere*. New York: Oxford University Press.
- Anheier, Helmut K.; Appel, Anja (2007): Zivilgesellschaft. In: Dieter Fuchs und Edeltraud Roller (Hg.): *Lexikon Politik. Hundert Grundbegriffe*. Stuttgart: Philipp Reclam jun (Reclams Universal-Bibliothek, Nr. 18714), S. 340–344.
- BMZ (o.J.): Zivilgesellschaft. In: *Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)* o.J., o.J. Online verfügbar unter <https://www.bmz.de/de/service/glossar/Z/zivilgesellschaft.html>, zuletzt geprüft am 01.12.2020.
- bpb (2012): Zivilgesellschaft - Ein Leitbild. In: *Bundeszentrale für politische Bildung (bpb)*, 31.05.2012. Online verfügbar unter <https://www.bpb.de/politik/grundfragen/deutsche-verhaeltnisse-eine-sozialkunde/138712/zivilgesellschaft>, zuletzt geprüft am 01.12.2020.
- Fuchs-Heinritz, Werner; Lautmann, Rüdiger; Rammstedt, Otthein; Wienold, Hanns (1994): *Lexikon zur Soziologie*. 3., völlig neu bearbeitete und erweiterte Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Greiffenhagen, Martin; Greiffenhagen, Sylvia (Hg.) (2002): *Handwörterbuch zur politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland*. 2., völlig überarbeitete und aktualisierte Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Krell, Christian; Meyer, Thomas; Mörschel, Tobias (2012): *Demokratie in Deutschland. Wandel, aktuelle Herausforderungen, normative Grundlagen und Perspektiven*. In: Tobias Mörschel und Christian Krell (Hg.): *Demokratie in Deutschland. Zustand, Herausforderungen, Perspektiven*. Wiesbaden: Springer VS, S. 9–30.
- Nohlen, Dieter; Grotz, Florian (Hg.) (2015): *Kleines Lexikon der Politik*. Originalausgabe, 6., überarbeitete und erweiterte Auflage. München: C.H. Beck (C.H. Beck Paperback, 1418).
- Schröer, Andreas; Engel, Nicolas; Fahrenwald, Claudia; Göhlich, Michael; Schröder, Christian; Weber, Susanne (Hg.) (2018): *Organisation und Zivilgesellschaft. Beiträge der Kommission Organisationspädagogik*. Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH. 1. Auflage 2019. Wiesbaden: Springer VS (Organisation und Pädagogik, 24). Online verfügbar unter <http://www.springer.com/>.
- Simonson, Julia; Vogel, Claudia; Tesch-Römer, Clemens (2016): *Freiwilliges Engagement in Deutschland. Zusammenfassung zentraler Ergebnisse des Vierten Deutschen Freiwilligensurveys*. 1. Auflage. Hg. v. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSJ).
- Spektrum (2001): *Lexikon der Geographie. Zivilgesellschaft*. Spektrum.de. Heidelberg. Online verfügbar unter <https://www.spektrum.de/lexikon/geographie/zivilgesellschaft/9240>, zuletzt geprüft am 02.12.2020.
- Strachwitz, Rupert Graf; Priller; Eckhard; Triebe, Benjamin (2020): *Handbuch Zivilgesellschaft*. Bonn (10581).
- Votsos, Theo (2001): *Der Begriff der Zivilgesellschaft bei Antonio Gramsci. Ein Beitrag zu Geschichte und Gegenwart politischer Theorie*. Hamburg: Argument.